# ATZE




**EXTRA 5/91**

# Thomas Darsow



## Opfer einer Kampagne oder unverbesserlicher Rassist?

***Dr. Thomas Darsow, Bürgermeister von Kronshagen und seit einigen Monaten als Leiter der Abteilung Kommunalverwaltung nach Schwerin entsandt, ist in die Schlagzeilen geraten. Die Vorwürfe, er habe rassistische Aufsätze in den „unitarischen blättern“ und der rechtsextremen Jugendzeitschrift „Tendenz“ veröffentlicht, weist er entschieden zurück. Doch wie sieht es tatsächlich aus? Dieses Sonderblatt der ATZE gibt Auskunft über die Hintergründe der „Affäre Darsow“. Es wurde notwendig, weil die örtlichen „Kieler Nachrichten“ in dieser Angelegenheit bisher sehr einseitig berichtet haben.***

# AUFSTIEG UND FALL DES DR. THOMAS DARSOW

Eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Timm im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern brachte den Stein Mitte März ins Rollen. Gestützt auf journalistische Recherchen der „Bonner Initiative `Gemeinsam gegen Neofaschismus´" und der ATZE nutzte er die Fragestunde des Landtags, um Aufklärung über die Vergangenheit des Dr. Darsow zu bekommen. Ob es stimme, daß Herr Darsow seit 1979 Mitarbeiter und später stellvertretender Schriftleiter der „unitarischen blätter“ gewesen sei, eines Blattes der völkisch-rassistischen Nazi-Sekte „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e.V.“, wollte Dr. Timm wissen.
„Schweriner Volkszeitung“ wie auch die „Kieler Nachrichten“ berichteten über diesen Vorgang; auch seine redaktionelle Tätigkeit bei der rechtsextremen Jugendzeitung „Tendenz“ zwischen 1975 und 1979 wurde so Gegenstand öffentlicher Debatte.

## Thomas Darsow - die Unschuld vom Lande ?

Übel verleumdet fühlt sich Herr Darsow durch diese Hinweise auf seine Vergangenheit. Bereits am 19. März erklärte er auf der Landespressekonferenz in Mecklenburg-Vorpommern, daß er zu keinem Zeitpunkt Verbindungen zu neofaschistischen Gruppen gehabt habe. Auch seine Veröffentlichungen in den Zeitschriften „Tendenz“ und „unitarische blätter“ hätten weder ausländer- noch demokratiefeindliche Tendenzen. Er stelle sich uneingeschränkt hinter seine früheren Veröffentlichungen.
Einige Tage später ließ er zwar wissen, es gebe wohl mißverständliche Formulierungen, aber von Rechtsextremismus könne dabei gar keine Rede sein. Daher wolle er auch juristisch gegen diese Vorwürfe vorgehen. Gleichzeitig ließ er mit großem Trara die zusammengesuchte Geschichte verbreiten, er sei Opfer einer Verschwörung von SPD und PDS geworden.
Bei diesen Ablenkungsversuchen erhielt er kräftige Unterstützung durch Georg Diederich (CDU), der sich als Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern vor seinen Abteilungsleiter stellte, und Journalisten der örtlichen „Kieler Nachrichten“, die die Veröffentlichungen Darsows als Jugendsünde verharmlosen wollen. Ein in der Tat plumper Versuch der Entlastung und Sympathiewerbung: immerhin war Herr Darsow schon im dritten Lebensjahrzehnt, als er seine rassistischen Artikel verfasste.

---

LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN
1. Wahlperiode

Drucksache 1/
Frage Nr.
14.03.91

Fragestunde des Landtages

Ist Dr. Thomas Darsow, Abteilungsleiter im Innenministerium (Kommunalabteilung) identisch mit Dr. Thomas Darsow, der seit 1979 als Mitarbeiter und später stellvertretender Schriftleiter der Hauptzeitschrift "Unitarische Blätter" arbeitete, ein Blatt der völkisch-rassistischen Nazi-Sekte "Deutsche Unitarische Religionsgemeinschaft e.V." (DUR), die eng mit der sogenannten "Wehrsportgruppe Hoffmann" verflochten war?

Dr. Gottfried Timm
SPD-Fraktion

# „Tendenz" nicht rechtsextrem ? - Aber nicht doch, Herr Darsow

Die Zeitschrift „Tendenz" erschien ab 1973 zunächst in Hohenwestedt, später in Neumünster. Von 1975 bis zu ihrer Einstellung im Frühjahr 1979 wird Thomas Darsow im Impressum der Zeitschrift geführt. Für Lübeck wird eine gesonderte Redaktionsadresse angegeben: es ist die Adresse von Thomas Darsow. Diese Tatsachen sind heute unbestreitbar. Darsow meint jedoch, daß es sich dabei nicht um ein rechtsextremes Blatt gehandelt habe.




Die Tatsachen sprechen allerdings gegen ihn. Bereits eine flüchtige Durchsicht zeigt: in nahezu jeder Ausgabe der „Tendenz" sind Werbeanzeigen rechtsextremer bzw. neofaschistischer Verlage oder Zeitschriften, wie z.B. Arndt-Verlag, Junges Forum, Nation Europa, Unabhängige Nachrichten, Neue Anthropologie, zu finden, von denen viele schon in den 70er Jahren in den Verfassungsschutzberichten als neonazistisch, rassistisch und rechtsextrem eingestuft wurden.

In Heft Nr. 4 der „Tendenz" vom Oktober 1975 wird unter der Überschrift „Aus der Hansestadt" in einem Bericht über eine Klassenfahrt nach Polen die „Auschwitz-Lüge" verbreitet (siehe rechts).

Im Rahmen der „Tendenz"-Sonderhefte wurde im August 1977 der Aufsatz „Lebensschutz und Politik" verkauft; dessen Autor, der Neofaschist Dieter Vollmer, hat nicht nur bei dem vor den bundesdeutschen Strafverfolgungsbehörden nach Dänemark geflohenen Neonazi Thies Christophersen publiziert, sondern ist auch gern gesehener Gast beim „Nordischen Ring", der sich noch heute auf die Rassetheorien der Nazis beruft.

Darsow selbst schrieb neben einigen wohlwollenden Besprechungen von Büchern rechtsextremer Autoren in der „Tendenz" vor allem zum Südlichen Afrika, das er Anfang 1977 bereiste, und zum „Auslandsdeutschtum", sei es in Rumänien, Dänemark oder eben in „Südwestafrika". Das heißt zutreffend zwar Namibia, wird aber nicht zufällig von den Rechtsaußen in der Bundesrepublik weiterhin mit dem Kolonialnamen in Verbindung gebracht.

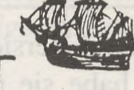
Aber das ist nicht das einzige, was an Darsows Darstellungen nicht stimmt. Kontakte zu neofaschistischen Gruppen habe er nie gehabt, so Darsow. Wie aber will er dann seine Teilnahme am 2. Südafrika-Seminar in Coburg im Herbst 1977 erklären, das im wesentlichen von NPD-Leuten organisiert wird. Wie steht er dazu, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz die „Tendenz" im NPD-Spektrum ansiedelt. Nur ein Zufall, von dem der damalige Student der Rechtswissenschaften nichts gewußt hat? Das freilich scheint kaum glaubhaft.

## Strafanzeige gegen Dr.Darsow

Mit dem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung wollte Dr. Darsow die weitere Verbreitung der Behauptung untersagen lassen, die Zeitschrift „Tendenz" habe im Jahre 1979, also im selben Jahr als er dort noch Redakteur war, den Rechtsterroristen Karl-Heinz Hoffmann zu einer Veranstaltung eingeladen. Doch daraus wurde zunächst nichts. Das Gericht lehnte den Erlaß einer einstweiligen Verfügung ohne mündliche Erörterung ab und setzte einen Termin für den 8. April an. Und dort stellte sich dann heraus, daß das hiesige Gericht gar nicht zuständig ist; das Verfahren wurde nach Bonn verwiesen.

In Kiel haben die Gerichte jedoch zu entscheiden über eine Strafanzeige

### AUS DER HANSESTADT



### Nur eine Klassenfahrt?

Eine Lübecker Unterprima fährt demnächst unter Leitung eines bekannt linkslastigen Oberstudienrates nach Danzig und Polen. Geplan ist auch ein Abstecher in das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz. Den Schülern wird dort natürlich nicht erzählt werden, daß die propagandawirksamen Teile des Lagers zu einem großen Teil erst nachträglich von deutschen Kriegsgefangenen gebaut werden mußten oder daß Zeugen, die im Zuge der Nürnberger Rachejustiz zu Auschwitz von der Siegermeinung abweichendes auszusagen hatten, gar nicht erst zugelassen wurden. Man wird auch nicht davon sprechen, wem und wozu das ständige Auffrischen und Hervorrufen eines schlechten Gewissens bei uns jungen Deutschen dient. Es soll uns ein moralischer Schuldkomplex eingeimpft werden, der handfeste politische und finanzielle Auswirkungen hat: Die Leistungen, die wir und kommende Generationen erfüllen müssen, müssen ja irgendwie gerechtfertigt werden. Wie anders könnte man uns junge Deutsche dazu zwingen, Zahlmops Europas und der Welt zu sein, als durch ständige Greuelpropaganda, die uns Glauben machen soll, wir gehörten einem "Verbrechervolk" an und seien für das verantwortlich, was unsere Väter angeblich angerichtet haben. MACHT EUCH FREI us.

gegen Thomas Darsow, seine Frau und den verantwortlichen Redakteur der „Tendenz“, Harry Addicks, aus Hohenwestedt. Diese hatten nämlich am 21.3.1991 eidesstattlich versichert, die letzte Ausgabe der „Tendenz“ stamme vom März 1978. Und diese Aussage stellte sich schnell als falsch heraus, denn AntifaschistInnen legten aus der örtlichen Bücherei entliehen - die „Tendenz“-Ausgabe vom Mai 1979 vor.

Als Reaktion auf die Strafanzeige wegen falscher eidesstattlicher Erklärung „korrigierte“ das Trio seine Falschaussagen. Tatsächlich sei noch eine letzte Ausgabe im Mai 1979 erschienen, so heißt es in neuen eidesstattlichen Versicherungen, aber Darsow habe sie nicht mehr „redaktionell begleitet“. Tatsache ist jedoch, daß er auch in der letzten Ausgabe weiterhin als Redaktionsmitglied genannt ist und seine Privatadresse zugleich als Redaktionsadresse dient. Wird auch diese eidesstattliche Erklärung bald „korrigiert“?

Wer eine eidestattliche Erklärung abgibt, sollte sich angesichts der bei einer Falschaussage drohenden Strafe, schon sehr genau überlegen, was er/sie verlauten läßt. Oder hat Darsow gehofft, niemand werde den Inhalt seiner Behauptung nachprüfen, und es werde ihm gelingen, sich aus der Affäre zu ziehen, indem er den Eindruck erweckt, zwischen dem von ihm behaupteten Ende der „Tendenz“ 1978 und der Einladung an Hoffmann liege ein viel zu langer Zeitraum, als daß es da einen Zusammenhang geben könne?

Ohnehin ist es bemerkenswert, daß der genannte Aspekt der einzige ist, gegen den Darsow vor Gericht zu Felde zieht. Trotzdem wird er einen etwaigen Prozeßerfolg in dieser Frage dazu nutzen, auch die vielen anderen Vorwürfe als falsch erscheinen zu lassen. Doch lasse sich niemand täuschen: entscheidend für die Beurteilung Darsows ist weniger die umstrittene Einladung an Hoffmann als vielmehr das, was er selbst bei der „Tendenz“ und den „unitarischen blättern“ geschrieben und getrieben hat und wie er dazu heute steht.

## Darsows Rassismus in den „unitarischen blättern“

Die „unitarischen blätter“, Zeitschrift der völkisch-rassistischen „Deutschen Unitarier“, waren Darsows nächste Station. Seit 1979 war er Mitarbeiter, stieg dann schnell zum Schriftleiter auf. Dort veröffentlichte Darsow 1980 und 1982 im Zusammenhang mit den Stichworten „Volk“, „Nation“ und „Identität“ rassistische Artikel. Ganz in der Manier bundesdeutscher Rechtsextremisten wird dort der „Volksbegriff“ rassistisch als „Erbanlagengemeinschaft“ definiert und die vermeintlich drohende Überfremdung beschworen, die - auch das bekannter Unsinn aus neofaschistischen Blättern - zu politischem und kulturellem Verfall führe.

Während Darsows Tätigkeit als Schriftleiter dieses Blattes, also unter seiner Verantwortung, erschienen neben seinen eigenen Aufsätzen noch eine ganze Reihe anderer Artikel mit rassistischem Inhalt, so z.B. im Heft 1/1982 zum Themenschwerpunkt „Die Ausländer - Belastung oder Bereicherung“. Auch Neofaschisten und Rassisten wie Dieter Vollmer erhielten in dieser Zeit Möglichkeiten zur Agitation eingeräumt.

Für Darsow ist die treffende Charakterisierung seiner Aufsätze aus der Zeit bei den „unitarischen blättern“ durch Bezeichnungen wie „linksliberal bis linkskonservativ“ gegeben. Es wird freilich Darsows Geheimnis bleiben, wie Rassismus bzw. Rechtsextremismus und „linksliberales“ Selbstverständnis zusam-



"Tendenz" im Verfassungsschutzbericht des Bundes 1973

menpassen, und die Vermutung liegt nicht allzu fern, daß auch hier wieder durch eine kleine sprachliche Korrektur vom eigentlichen Inhalt abgelenkt werden soll.

## Darsow - in der CDU allein auf weiter Flur?

Diese Frage stellt sich angesichts der Rückendeckung, die Darsow durch die CDU erhält, unweigerlich. Bisher gibt es keine kritische öffentliche Äußerung von dieser Seite. Auch der CDU-Landesvorsitzende Hennig und der ehemalige Dienstherr Darsows zu dessen Zeiten beim Verfassungsschutz, Carl-Eduard Claussen, haben es bis jetzt nicht für nötig erachtet, auf die Frage der SPD-Landtagsabgeordneten Erdsiek-Rave einzugehen, ob Darsows Äußerungen in der CDU tragbar seien.

Vermutlich wird die CDU den Kronshagener Bürgermeister so lange wie es geht halten wollen; denn Anlässe, sich kritisch zu Darsows Aktivitäten zu äußern, gab es auch in den letzten zwei Jahren genug. Erinnert sei nur an die Äußerung Darsows zu Hitlers 100. Geburtstag und seine Verleumdung von Asylsuchenden, denen er unterstellte, sie würden zu 95% das Asylrecht mißbrauchen. Diese Äußerungen haben damals zurecht breiten Protest, u.a. von Politikern der FDP und der SPD, hervorgerufen. Die CDU aber schwieg. Dabei ist Darsow als Bürgermeister, in einer Funktion mit Verantwortung gegenüber allen in der Gemeinde lebenden Menschen also, schon längst untragbar geworden. Die CDU hat ihren Parteifreund bisher gedeckt; das liegt wohl nicht zuletzt daran, daß Darsow in der CDU nicht der einzige ist, der rassistisches Gedankengut vertritt. Wie selbstverständlich die Ungleichbehandlung von Menschen verschiedener Nationalitäten in der CDU ist, zeigen die zum 1.1.91 in Kraft getretenen rassistischen Sondergesetze für Flüchtlinge und EinwandererInnen. Auch die angeblichen Abgrenzungsstrategien der CDU zum Rechtsextremismus halten einer genaueren Betrachtung nicht stand . Untragbar für die CDU sind allenfalls gewalttätige Stiefelnazis und überzeugte Nationalsozialisten, nicht jedoch sich "seriös" gebende Rassisten und Rechtsextreme. Erinnert sei nur an den Vorsitzenden der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU, Uwe Greve, der Bücher beim neofaschistischen Kieler Verleger Dietmar Munier herausgibt.

**Darsow ist untragbar; sein Rücktritt als Bürgermeister von Kronshagen eine längst überfällige Konsequenz.**

# Die KN und der "Fall Darsow"

*Mehrfach haben auch die "Kieler Nachrichten" (KN) über die Vorwürfe gegen den Kronshagener Bürgermeister Thomas Darsow berichtet. Seine rassistischen Veröffentlichungen waren ihr jedoch weniger Aufmerksamkeit wert als seine plumpen Rechtfertigungsversuche und Angriffe gegen AntifaschistInnen. Der folgende Artikel befaßt sich mit dieser Berichterstattung.*

## Vom Journalismus...

Den ersten größeren Artikel vom 21.März kann Mensch noch relativ problemlos als Journalismus bezeichnen. Die Vorwürfe gegen Darsow werden zusammengefaßt und dazu seine Sichtweise wiedergegeben. Sogar ein Zitat aus Darsow`s publizistischer Tätigkeit wird wiedergegeben: "Die parlamentarische Demokratie dürfte in Anbetracht der jetzt kaum noch lösbaren Schwierigkeiten vor ihre Existenzfrage gestellt sein, wenn sie ihr letztes Fundament, das der nationalen Homogenität im Sinne der volklichen Identität, aufgibt". Leider wird es das einzige bleiben. Abgesehen davon, daß dieses Zitat aus den Unitarischen Blättern von 1982 und nicht von 1979 stammt und die Vorwürfe gegen Darsow seit der Ausgabe Nr. 10 der "Atze" vom November 1990 bekannt sind, geht der Artikel in Ordnung.

## ...schrittweise...

Der zweite größere Artikel unter der Überschrift: "Bürgermeister Darsow geht in die Offensive" vom 28.3.1991 ist schon eine relativ offene pro Darsow Stellungnahme. Obwohl die KN-Redakteure schon eine Woche Zeit hatten, sich selber ein Bild von der Zeitschrift "Tendenz" zu machen, wird unwidersprochen Darsow`s Behauptung, die Zeitschrift sei nicht rechtsextrem gewesen, verbreitet( hierzu siehe "Aufstieg und Fall des Dr. Thomas Darsow"). Auch über die "angeblich" rechtsextremistischen Äußerungen in den "Unitarischen Blättern" (im folgenden "UB") hätte mensch sich informieren können.

Allein die Quellen für die Artikel hätten stutzig machen müssen, finden sich doch hier u. a. der für seine rassistischen Äußerungen bekannte



*Horst Wisser*
*- "Darsow-Experte der KN*

Soziologieprofessor Robert Hepp und Henning Eichberg. Letzterer ist ein, wenn nicht *der* führende "Kopf" der sogenannten Neuen Rechten, der auch heute noch gern gesehener Gast auf Seminaren der Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft ist.

Damit der/die LeserIn sich selbst ein Bild der Darsowschen Gedankenwelt machen kann, ein Zitat aus den "UB" 2/80: "Um politische und soziale Zeitbomben zu vermeiden, die das Konzept einer multirassischen Gesellschaft in sich birgt, verfolgt man bezüglich der Menschen fremder Nationalität seit langem eine intensive Integrationspolitik. Diese Politik, deren materieller Aspekt für die Betroffenen einen ungekannten Lebensstandard bedeutet, macht sie kulturell häufig zu Nirgendwo - Menschen. Das ist die Kehrseite der Integration, von der vor allem Ausländerkinder betroffen werden.

Aber auch die Völker der Einwanderungsländer sind von dieser Entwicklung betroffen. Allein in der Bundesrepublik gibt es ca.630.000 Ehen gemischter Nationalität, aus denen jährlich etwa 30.000 Kinder hervorgehen. Durch Kampagnen zum Abbau sog. Vorurteile sowie durch gesetzliche Bestimmungen gegen >>Rassendiskriminierung<< versucht man, vor allem den Menschen anderer rassischer Zugehörigkeit und Mischlingen die Eingliederung in die Gesellschaft zu ermöglichen. Man sollte dabei allerdings nicht übersehen, daß dieser Vorgang für die nordeuropäischen Menschen bei anhaltender Zuwanderung von Millionen Südeuropäern, Afrikanern und Asiaten aufgrund der Rezessivität ihrer artspezifischen Erbanlagen gegenüber jenen Menschen, langfristig eine nicht mehr rückgängig zu machende Umwandlung bedeuten wird.

Unter diesem Blickwinkel wird das Schlagwort der Rassendiskriminierung, das gerechtfertigterweise den alten Kolonialvölkern eine menschenwürdige Behandlung sichern sollte, zur biologischen Waffe gegen die Völker Nordeuro-pas, quasi zur Selbstfesselung in Bezug auf die Erhaltung der eigenen Identität. Völkermord muß nicht unbedingt immer in Vernichtungslagern stattfinden."

Skinhead Banden und die FAP brauchen nicht so viele Worte und können die Quintessenz dieser Ausführungen mit "Deutschland den Deutschen - Ausländer raus", denn "Rassenmischung ist Völkermord" zusammenfassen.

---

FLENSBURGER TAGEBLATT 21.MRZ1991

# Wirbel in Schwerin um „Kronshagen-Import“

## SPD wirft Darsow rechtsradikale Tendenzen vor

SCHWERIN. Die Vergangenheit des Bürgermeisters der schleswig-holsteinischen Gemeinde Kronshagen bei Kiel rückte gestern in den Mittelpunkt der Landtagssitzung in Schwerin. Nach Ansicht der SPD hat der von seiner Gemeinde Mitte Dezember des vergangenen Jahres ins Schweriner Innenministerium „abgeordnete“ Dr. Thomas Darsow Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre Artikel mit rechtsradikalen Tendenzen und rassistisch fragwürdigen Inhalten in der Zeitschrift „Tendenz“ und in den „Unitarischen Blättern“ veröffentlicht. In der Fragestunde des Parlaments stellte sich Darsows neuer Dienstherr, Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Diederich (CDU) gestern hinter den Angegriffenen. Er sprach von einer „Intrige nach allerbester Stasi-Manier“.

Nachdem am Dienstag bekannt geworden war, daß die SPD den „Fall Darsow“ am folgenden Tag vor den Landtag bringen würde, setzte Darsow sich zur Wehr. In Schwerin sagte er, daß er nie mit rechtsradikalen Organisationen Kontakt gehabt geschweige denn für diese gearbeitet habe. Uneingeschränkt stellte er sich hinter seine früheren Veröffentlichungen in „Tendenz“ und in den „Unitarischen Blättern“, für die er zeitweise als stellvertretender Schriftleiter tätig war. Seine Artikel hätten weder ausländer- noch demokratiefeindliche Tendenzen enthalten.

Es ist fraglich, ob Darsow diese Aussage uneingeschränkt aufrechterhalten kann. In einem Beitrag für die „Unitarischen Blätter“, der unserer Zeitung vorliegt, hatte Darsow 1980 unter dem Titel „Nationale Identität heute“ durchaus fragwürdige rassistische Aussagen getroffen, die in der Feststellung gipfelten, daß eine Übervölkerung durch Ausländer den gleichen Effekt wie Völkermord in Vernichtungslagern haben könne.

Auch Darsows damalige Arbeitgeber rücken zusehends in ein schiefes Licht. Die in Schleswig-Holstein überregional erscheinende Schülerzeitung „Tendenz“ lud mit Schreiben vom 28.12.79 zu einer „Reichsgründungsfeier“ am 18. Januar 1980 nach Neumünster ein. Als Redner wurde der „Kamerad Hoffmann“, Anführer der gleichnamigen rechtsradikalen Wehrsportgruppe angekündigt.

Die „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft“, Herausgeberin der „Unitarischen Blätter“, darf nach einem Urteil des Landgerichts Hamburg als „Nazi-Sekte“ bezeichnet werden.

Darsow behauptet zwar, nie selbst Mitglied gewesen zu sein. Neben seiner zeitweiligen Tätigkeit als stellvertretender Schriftführer der „Unitarischen Blätter“ wurde er allerdings auch mit der Leitung der Herbsttagung der „Unitarischen Akademie“ 1980 in Rendsburg beauftragt.

Darsows Veröffentlichungen und sein offensichtliches Engagement für die „Nazi-Sekte“ hatten keinen Einfluß auf seine spätere Karriere im höheren Dienst des Landes Schleswig-Holstein. HORST MÜLLER

*So berichten andere Tageszeitungen:*

So schlau muß ein Reporter gar nicht sein, um hier irgendwas zu merken - eigentlich.

## ...zur Gefälligkeits-schreiberei

Am 5.4. wird in den KN durch Karl-Heinz Reischuk nachgesetzt. Dick und fett springt der Leserin die Überschrift "Darsow: Ich bin das Opfer einer Kampagne" ins Auge. Wieder wird von nur angeblich rechtsextremistischen Artikeln geschrieben. Hauptstoßrichtung ist aber die Diffamierung von AntifaschistInnen.als plumpes Ablenkungsmanöver. Peter Kratz, Mitarbeiter der Bonner Initiative gegen Neofaschismus, die "den Stein ins Rollen gebracht hat", habe "den Ruf eines Neofaschisten-Jägers" und "intensive Kontakte zu DKP-Funktionären". Als ob das irgend etwas mit Darsow`s rassistischen Artikeln zu tun hätte.

Im folgenden dann wird aus der Tatsache, daß im Initiativenzentrum in der Schweffelstraße 6 unter anderem die Zeitungen "Gegenwind" und "Atze", die die Vorwürfe gegen D. veröffentlichten, und auch der PDS-Telefonservice zu finden sind, die Behauptung einer gegen Darsow gerichteten Kampagne. Betreiber sei eine PDS-SPD-AntifaschistInnen-Connection. Durch den Text wird letzlich nahegelegt, daß es sich irgendwie um eine Stasi-Intrige handelt.

Am 6.4. tauchen unter der Überschrift: "Auch das war diese Woche" von Horst Wisser neue Aspekte auf. Es wird eingeräumt, daß die Zeitung "Tendenz" rechtsextrem gewesen sei, Darsows Aussagen z.B. über nationale Identität (siehe u.a. das längere Zitat) werden als blödsinnig und unausgegoren bezeichnet, aber heute denke dieser ganz anders. Und der Beweis dafür ist dann, daß Darsow im Herbst 1990 verkündet, 95% aller AsylbewerberInnen wären unrechtmäßig hier und am 6.4.1991 via KN verkünden läßt, er hätte in der Abhandlung "Nationale Identität heute" Formulierungen benutzt, die er "heute so nicht wiederholen würde". (Aufgemerkt, er würde es heute nur anders formulieren). Nehmen wir dann noch hinzu, daß Darsow seine damaligen Veröffentlichungen als linksliberal bis linkskonservativ einschätzt. Nun Herr Wisser, wie denkt Her Darsow denn dann heute?

Aber damit hat Herr Wisser sein Pulver noch nicht verschossen. Bezogen auf den Kronshagener Bürgermeister schreibt er: "Wo fast überall nach möglicher Stasi-Vergangenheit geforscht wird, muß es doch auch so etwas wie eine Nazi-Vergangenheit geben! Stasi und Nazi werden ungeprüft gleichgesetzt. Antifaschisten, in Kiel unter einem Dach mit der PDS, machen Jagd auf Darsow - und die Landtagsabgeord-



Absender:

Atze
Antifaschistische
Zeitung Kiel
Schweffelstraße 6
2300 Kiel

nete Ute Erdsiek-Rave verstärkt die Diffamierungskampagne".

Wenn hier irgendwer diffamiert wird, dann sind es die Opfer des Faschismus durch Herrn Wisser.

(Nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß eine Presseerklärung von "Atze" und "Gegenwind" zu den Artikeln von Reischuk/ Wisser in keiner Weise erwähnt wird.)

Am 9.4. dann erscheint ein Bericht über den Antrag Darsows auf einstweilige Verfügung gegen Peter Kratz. Wieder die alte Sprachregelung "wegen angeblich rechtsextremistischer Äußerungen und Artikel".

Um den 10. oder 11.4. scheint Verantwortlichen in den KN aufgefallen zu sein. daß die bisherige Berichterstattung zum Fall Darsow unstimmig und unseriös gewesen ist, denn am 12.4. erscheint der Artikel: "Fall Darsow vor die Kontrollkommission". Die Leserin erfährt, daß Darsow Mitarbeiter des Verfassungsschutzes gewesen ist und daß das Bundesamt für Verfassungsschutz als Herausgeber der "Tendenz" eine "rechtsextremistische, offenkundig der NPD-Jugend nahestehende oder mit ihr identische Gruppe" gesehen habe. Auch wird vermerkt, daß Darsow bisher jede Nähe zu Rechtsextremisten bestritten habe. Eine Auseinandersetzung mit Darsows Vertuschungsversuchen findet nicht statt, aber immerhin.

Am 15.4. dann kann Horst Wisser noch einmal nachtreten. In einem Kommentar, der sich mit Angriffen auf polnische Staatsbürger durch Skinheads und Neonazis befaßt und in dem solche Angriffe durchaus verurteilt und als nicht tragbar dargestellt werden, heißt es im letzten Absatz: "Angesichts solcher Entwicklungen wirkt es geradezu grotesk, wenn eine Kieler SPD-Landtagsabgeordnete alles daransetzt, dem Kronshagener CDU-Bürgermeister neonazistisches Gedankengut anzuhängen, weil der vor 15 Jahren Dusseliges über die Ausländerproblematik geschrieben hatte. Hier und jetzt gibt es genug zu tun". Zum einen: selbst im J a h r e 1982 veröffentlichte Darsow noch einen eindeutig rassistischen und rechtsextremen Artikel von dem er sich bis heute nicht eindeutig distanziert hat. Zum anderen sind prügelnde und randalierende Skinheads und Neonazis nur der offensichtlichste und brutalste Ausdruck einer menschenverachtenden Einstellung, die von weiten Teilen der Bevölkerung getragen wird. Kein Wunder bei der in den letzten 10 Jahren verfolgten Politik von CDU, Teilen der SPD und den Massenmedien.

Darsow ist als eine Art Blockadebrecher zur Hoffähigmachung rassistischen Gedankengutes anzusehen. Von daher paßte er auch ganz gut als Schriftleiter der "Unitarischen Blätter".

Mindestens so wichtig, wie jungen Nazischlägern entschlossen entgegenzutreten, ist zu verhindern, daß Leute wie Thomas Darsow ihre intellektuelle rassistische Propaganda verbreiten und in Institutionen dieses Staates zu Macht und Einfluß gelangen können. Denn auch wenn sie lauthals die Demokratie im Munde führen, was bleibt, wenn man hinter die Fassade schaut?

Wir werden sehen, wie es weitergeht mit den KN.

***Zur Finanzierung dieser Sonderausgabe bitten wir um Spenden.***

***Bankverbindung:***
***S. Petersen,***
***K toNr.:47 53 83 - 204***
***Postgiroamt Hamburg***
***BLZ: 200 100 20***




**ATZE**
**Antifaschistische Zeitung Kiel**
**Schweffelstraße 6**
**2300 Kiel 1**
**Auflage der Sondernummer 5000**
**Mai 1991**
**V.i.S.d.P.: Wolfgang Petersen**